

Demokratischer Sozialismus – warum und mit welchem Inhalt?

Materialien und Dokumentationen der Zukunftskommission der RLS

Joachim Bischoff, Hasko Hüning und Christoph Lieber haben nach der Möglichkeit einer „Neuerfindung der politischen Linken“ gefragt. (Bischoff, Hüning, Lieber, 2005) Sie haben sich auf der Suche nach Antworten vor allem zwei miteinander verknüpften Herausforderungen an die Linke zugewendet:

Wie können die durch die Moderne hervorgebrachten und unter Herrschaftsaspekten neoliberal geförderten Spielräume der Individualitätseinfaltung in emanzipatorische Reformalternativen aufgenommen und von ihrer Verkehrung in Vereinzelung und Entsolidarisierung befreit werden?

Was sind Anforderungen an eine sozialistische Gouvernementalität – wie diese auch definiert sein mag?

In dem hier vorgelegten Papier wird versucht, diese wichtigen Fragen zu einem Diskurszusammenhang in Beziehung zu setzen, der in die Programmdiskussion der PDS zurückreicht. (Anmerkung: Natürlich ist die Zukunftskommission der RLS kein Gremium zur Erarbeitung von Parteiprogrammen. Aber es ist ihren Mitgliedern gewiss nicht gleichgültig, welche Grundgedanken linker Programmatik von einer künftigen linken Parteiformation als Orientierung betrachtet werden. Denn dies berührt auch andere linke Interessen, die nicht parteiförmig organisiert sind.)

Wenn nach Neuerfindungen gefahndet wird, könnte es nützlich sein, für die Politik eine Parallele zu wissenschaftspolitischen Erwägungen des Physikers Werner Heisenberg zu bedenken. Er schrieb: „... wirkliches Neuland in einer Wissenschaft (kann) wohl nur gewonnen werden, wenn man an einer entscheidenden Stelle bereit ist, den Grund zu verlassen, auf dem die bisherige Wissenschaft ruht, und gewissermaßen ins Leere zu springen.“ Aber er fügte relativierend hinzu: „Der Versuch, alles Bisherige aufzugeben und willkürlich zu ändern, führt zu reinem Unsinn.“ (Heisenberg, 1987: 24,22)

Bei der Neuformierung der politischen Linken wird es daher sinnvoll sein zu prüfen, was die Defizite der Linken sind, die sie zum Betreten von Neuland zwingen, und was die Erfahrungen sind, die die Beteiligten bereits einzubringen haben und die zwar weiter entwickelt, aber nicht ganz neu erfunden werden müssen. Aus diesem Grunde sei es als legitim angesehen, in dem Diskurs über die „Neuerfindung der politischen Linken“ ebenso wie die Gründungsüberlegungen der WASG auch das Konzept des demokratischen Sozialismus einzuschließen, das dem Parteiprogramm der PDS von 2003 zugrunde liegt.

Zunächst: unabhängig von der Frage, ob denn überhaupt klar genug sei, was unter demokratischem Sozialismus verstanden werden soll, gibt es andere Überlegungen, die bei einem Teil der an der Diskussion Beteiligten zu Reserviertheit im Umgang mit diesem Begriff und gar gegenüber seiner Betrachtung als identitätsstiftende Grundorientierung für eine Partei links von der Sozialdemokratie führen.

Ist nicht auf absehbare Zeit nur wichtig und für die Bürgerinnen und Bürger interessant, was zu tun ist, um weiteren Sozialabbau zu verhindern und bestenfalls den Kapitalismus schrittweise wieder sozial zu bändigen? Das wäre unglaublich viel. Vielleicht, so wird vielerorts – und nicht allein auf Seiten der WASG – argumentiert, liegt die Frage, was heute für den Alltag links ist, näher als die nach demokratischem Sozialismus. Soll also auf einen bündelnden Gegenbegriff zum Kapitalismus zumindest einstweilen verzichtet werden? Sind die praktischen Kämpfe so dringlich, dass theoretische Überlegungen zum demokratischen Sozialismus getrost zugunsten einer Verständigung darüber zurückgestellt werden können, was gegenwärtig von links zu tun ist?

Diese Fragen könnten bejaht werden, wenn die reale Chance auszuschließen wäre, den demokratischen Sozialismus vielen Bürgerinnen und Bürgern als ein geistiges und zugleich praktisches Politikangebot für die Lösung von Alltags- und Zukunftsproblemen begreifbar und akzeptabel zu machen. Empirische Untersuchungen sprechen aber gegen diese Annahme. 47,8 Prozent der Westdeutschen und 72,2 Prozent der Ostdeutschen halten Sozialismus für eine gute Idee, die allerdings schlecht verwirklicht wurde (...). Offenbar wenig blockiert durch Distanzen zu sozialistischem Habitus nannten auf die Frage „Welche Partei setzt sich besonders für soziale Gerechtigkeit ein?“ 22 Prozent der befragten Deutschen die Linkspartei (PDS und WASG), 19 Prozent die SPD, 15 Prozent die CDU/CSU, 5 Prozent die Grünen und 2 Prozent die FDP (FAZ, 17.8.2005).

Sicher sollte eine künftige Linkspartei ihr Selbstverständnis so formulieren, dass Mitglieder, die sich in erster Linie als sozial und emanzipatorisch engagierte Sozialdemokraten verstehen, demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, Linke, die vor allem sozialen Bewegungen verpflichtet sind, und demokratische Kommunistinnen und Kommunisten in ihr ihren Platz finden. Vieles spricht jedoch dafür, dass sich eine solche Vereinigung von Linken durch ein Verständnis des demokratischen Sozialismus als transformatorischer Prozess, der zu einer gerechten Gesellschaft nachhaltiger und friedlicher Entwicklung führt, ein zeitgemäßes Profil zu geben vermag.

1. Warum demokratischer Sozialismus?

Erstens: Seit rund 200 Jahren hat sich der Sozialismus – in der Auseinandersetzung mit dem Konservatismus und dem Liberalismus – als eine der großen geistigen Strömungen der Moderne entwickelt. Sehr früh, im Jahr 1822, wurde Robert Owen als Sozialist bezeichnet, um damit eine geistige Strömung zu kennzeichnen. Bald wurden die englischen und großen französischen Sozialreformen – Saint Simon und Charles Fourier vor allem – einer sozialistischen Strömung im Gegensatz zum bürgerlichen Egoismus zugerechnet. Sozialismus wurde zum Synonym einer Bewegung für Gleichheit gegen jede Art von Privilegien der Herrschenden und im Gegensatz zu allein formaler rechtlicher Gleichheit in der bürgerlichen Demokratie. Sozialismus implizierte in seiner Geschichte stets den Blick von unten auf die Gesellschaft und auf politische Gestaltung anstelle der Unterwerfung und der Marktmechanismen. Die revolutionäre Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts führte die großen Kämpfe der Arbeiterbewegung im Namen sozialistischer Werte und Ziele (vgl. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hrsg.) 1997: 48 ff).

Eine neue linke Formation sollte der Sozialdemokratie, die sich längst von solchen Wurzeln abgekappt hat, diese in der sozialdemokratischen Realpolitik weitgehend vergessene historische und geistige Verankerung nicht überlassen. Sie im Hegelschen Sinne „aufzuheben“ heißt, sie zugleich zu bewahren und neu zu bestimmen. Das schließt den radikalen Bruch mit allen Deformationen, Fehlentwicklungen und verbrecherischen Verkehren ein, die im Namen des Sozialismus stattgefunden haben.

Zweitens: Eine Partei links von der SPD kommt nicht umhin, ihren Unterschied zu dieser, ihren Charakter, ihr Ziel, ihr Maß für die Wege dort hin und ihre Werte auf einen Gesamtbegriff zu bringen: Demokratischer Sozialismus – nach meiner Überzeugung. Eine Aneinanderreihung einzelner wichtiger Bestimmungen allein – die Verpflichtung auf soziale und demokratische Ziele, auf Selbstbestimmung und Solidarität etwa – reichen für die Standortbestimmung im Parteiensystem und in den geistigen Kämpfen um Hegemonie wahrscheinlich nicht aus. Eine politische Kraft muss sich selbst auch begrifflich auf den Punkt bringen.

Drittens spricht ein wichtiger Umstand gegen den Vorschlag, die Identität der künftigen linken Partei einfach mit dem Begriff „Linke“ zu bestimmen. Zwar funktioniert dieser Begriff für die Entgegensetzung zur Rechten. Er wurde in der Öffentlichkeit schnell als neue Bezeichnung für die frühere PDS angenommen. In Befragungen ordnen sich Bürgerinnen und Bürger auf einer Links-Rechts-Achse ohne große Schwierigkeiten selbst ein – auch ohne vorliegende ausdrückliche Definition der Begriffe links und rechts.

Aber der Begriff „Linke“ versagt, wenn es darum geht, mit einem Begriff den Prozess des emanzipatorischen Wandels der gegenwärtigen Verhältnisse ebenso zu erfassen wie eine künftige solidarische Gesellschaft zu bezeichnen. Der Begriff „demokratisch-sozialistisch“ dagegen beschreibt ebenso die Richtung der gegenwärtig von der Linken verfolgten Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse wie den Charakter der von ihr angestrebten anderen künftigen Gesellschaft.

Überdies umfasst der Begriff „die Linke“ im Sprachgebrauch vieler Bürgerinnen und Bürger durchaus auch die sozialdemokratische und die grüne Partei und verwischt damit, was eine Partei links von der Sozialdemokratie von dieser unterscheidet.

Viertens: Eine neue linke Parteiformation muss öffentlichkeitswirksam machen, wie sich ihre Mitglieder einen alternativen Entwicklungsweg vorstellen, der vom Neoliberalismus konservativ-bürgerlicher und marktliberaler Parteien nicht allein durch stärkere soziale Abfederung oder beispielsweise durch die Vorstellungen über Geschlechterverhältnisse unterschieden ist, sondern die Perspektiven einer anderen gerechten Gesellschaft eröffnet. Dies ist umso notwendiger, als eine künftige neue linke Partei die Geschichte beider Vereinigungspartner zu bewältigen hat. Gerade weil diese Geschichte im öffentlichen Bewusstsein präsent ist – die gescheiterten staatssozialistischen Grundstrukturen und eine Öffnung der Sozialdemokratie für den Neoliberalismus entgegen der eigenen Verpflichtung in ihrem gültigen Parteiprogramm auf demokratischen Sozialismus – kann sie ihr Verhältnis zum demokratischen Sozialismus nicht umgehen.

Für die Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Zeitgeist und mit seinen sozialdemokratischen Variationen wäre es ein erheblicher Vorteil, wenn eine linke Alternative im Parteiensystem auf einen integrierenden Begriff gebracht würde, der aufgeschlossenen demokratischen Kräften als Bezeichnung sowohl für machbare Alternativen in der Gegenwart als auch für eine realitätsnahe Zukunftsvorstellung gilt.

Der Neoliberalismus hat seine hegemoniale Position noch nicht eingebüßt, aber Entwicklungen in Lateinamerika, der Ausgang der Referenden zum Europäischen Verfassungsentwurf in Frankreich und in den Niederlanden und die Stimmen für die Linkspartei bei den letzten Bundestagswahlen weisen auf Risse in seinem Herrschaftsgefüge hin. Wenn die Herrschenden Alternativlosigkeit beschwören und die Beherrschten diese Suggestion nur noch mit Unbehagen und Misstrauen hinnehmen, rückt die Zeit näher, in der handfeste Veränderungsvorschläge für das Nächstliegende mit Visionen darüber hinaus verbunden werden müssen. Demokratischer Sozialismus umfasst beides. Dies ist näher zu skizzieren.

2. Was ist demokratischer Sozialismus?

Während ein Teil der Linken Zweifel daran hat, ob ein demokratisch-sozialistisches Selbstverständnis der in der Herausbildung befindlichen neuen linken Partei ihre Politikfähigkeit stärken wird, gilt eine solche Identitätsbestimmung für einen anderen Teil als unabdingbar. Und nach wie vor existieren Meinungsverschiedenheiten darüber, was demokratischer Sozialismus bedeuten kann oder soll. Die Linkspartei.PDS hat im Bundestagswahlkampf und danach mit dem Slogan „Für eine neue soziale Idee“ geworben. Aber was ist diese Idee?

Als in der PDS nach 2000 das Verständnis des demokratischen Sozialismus als emanzipatorischer und transformativer Prozess, beginnend und fortschreitend mitten in der bürgerlichen Gesellschaft und über diese hinausweisend zugleich, ausgearbeitet wurde, stieß dies bei einer Minderheit der PDS-Mitglieder auf eine Gegenposition, die sich bei Friedrich Wolff in dem kürzlich erschienenen Buch „Überholt wird links“ so liest: Sozialistische Abgeordnete sollten „im Parlament erklären, dass unsere heutigen Probleme ... in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht zu lösen sind. Sie sollten erklären, dass sie den Sozialismus nicht als Tagesaufgabe verstehen, dass aber eine wirksame Überwindung der unsozialen Verhältnisse der Gegenwart nur im Sozialismus möglich ist.“ (Wolff, 2005: 28 f) Dieser wurde als die künftige Gesellschaftsformation jenseits des Rubikon eines großen, zeitlich gerafften Akts der Revolution erwartet. „Aber wenn der kurze historische Moment kommt, wo von den Massen die Machtfrage gestellt wird, dann ist das gesellschaftliche Konzept, das Programm, das eine andere Welt möglich macht, entscheidend.“ (Niemann, 2005: 44) So Heinz Niemann in dem eben zitierten Buch. Die Debatte über den demokratischen Sozialismus als transformativer Prozess, die mit der Annahme des neuen Grundsatzprogramms der PDS im Dezember 2003 einen vorläufigen Abschluss fand, ist auch in der Linkspartei nicht wirklich abgeschlossen.

Sozialismus ja – aber als Gesellschaft in ferner Zukunft oder zugleich als voraussichtlich langer Prozess dahin, der in der Gegenwart beginnt?

Die Auffassung des demokratischen Sozialismus als emanzipatorischer Transformationsprozess für die Menschen, von ihnen selbst getragen bereits hier und heute, kann in der Gegenüberstellung 1. zu originär sozialdemokratischen Reformvorstellungen, 2. zu deren neosozialdemokratischer Verkehrung in Varianten des Neoliberalismus und 3. zu herkömmlichen Revolutionserwartungen verdeutlicht werden. Dass er konservativen und marktliberalen Gesellschaftsauffassungen total entgegengesetzt ist, versteht sich von selbst.

- *Demokratischer Sozialismus: Freie Entwicklung einer und eines jeden in sozialer Gleichheit und Solidarität*

Sozialdemokratische Politik sah sich stets der Freiheit des Individuums verpflichtet. Dies war ihre Stärke in der Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg schien die kapitalistische Wirklichkeit mit der Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerungsmehrheit in der westlichen Welt den ursprünglichen sozialdemokratischen Werten Freiheit, Gleichheit und Solidarität tatsächlich näher zu kommen.

Als aber der Fordismus, der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus, in die Krise geriet, begann die neosozialdemokratische Politik, sich von Gleichheit und Solidarität zu verabschieden. Im Namen der Freiheit wurde die Gleichheit abgewertet und schließlich durch ein Plädoyer für „gerechte Ungleichheit“ (Clement, 2000) ersetzt. Anthony Giddens behauptete: „Der Wohlfahrtsstaat ist prinzipiell undemokratisch, denn er beruht auf der Umverteilung der Mittel von oben nach unten. Sein Anliegen ist Schutz und Fürsorge; aber er lässt der persönlichen Freiheit nicht genug Raum“ (Giddens, 1999: 132).

Altsozialistisch-kommunistische Politik ordnete individuelle Freiheiten stets kollektiven Interessen oder den von marxistisch-leninistischen Führungen als kollektives Interesse definierten Machtinteressen unter. Sie proklamierte Gleichheit vor Freiheit.

Demokratischer Sozialismus zielt auf die Marx'sche Vorstellung von einer „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Marx/Engels, MEW Bd. 4: 482). Er ist als ein Prozess zu verstehen, in dessen Zentrum die „freie Entwicklung der Individualitäten“ einer und eines jeden steht (Marx, 1953: 593) und in dem die „Bereicherung des menschlichen Wesens selbst“ (Marx, MEW Bd. 40: 545) als das Entscheidende angesehen wird. Das schließt die Zurückdrängung und Überwindung aller Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse ein, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. (Marx, MEW Bd. 1; 385)

Joachim Bischoff, Hasko Hüning und Christoph Lieber haben ebenso wie Michael Brie in seiner Diskussionsvorlage herausgearbeitet, dass eine der zentralen Stärken des Neoliberalismus in der Nutzung des Individualisierungsprozesses besteht, der die Moderne kennzeichnet. Der Neoliberalismus öffnet Räume für die Entfaltung der Subjektivität beachtlicher Teile der Lohnarbeiterschaft und großer Gruppen der gesellschaftlichen Mitte. Er fördert und erzwingt u.a. durch die Abschaffung betrieblicher Hierarchien, durch die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Daseinsvorsorge die Selbstorganisation, Selbstverantwortung

und eigenes unternehmerisches Handeln der Beschäftigten. Er hat das Qualifikationsniveau breiter Schichten angehoben und außerhalb der Arbeit größere Individualitätsspielräume geschaffen. Diese Potentiale werden jedoch den Marktmechanismen, Profitzielen und der Herrschaft durch Selbstführung und Selbstaussbeutung des neuen „Arbeitskraftunternehmers“ und auch anderer Lohnarbeitsgruppen einverleibt.

Damit konstituiert der neoliberale Kapitalismus einen auf längere Sicht für ihn gefährlichen Widerspruch: „Während den Informationsarbeiterinnen und –arbeitern Eigenmotivation und Selbstkontrolle, Kooperation und schöpferische Gemeinschaftsarbeit abgefordert werden, untergräbt die hohe Abhängigkeit von kurzfristigen Verwertungsinteressen diese Potentiale wieder. Zwischenmenschliche Konkurrenz, Selbstaussbeutung und Überarbeitung sind die Folge. Während die direkte Arbeitsorganisation zunehmend in die Verfügung der Beschäftigten gestellt ist, wird sie zugleich unmittelbar an der Kapitalrentabilität gemessen. Während Selbstverantwortung ein technologisches Erfordernis ist und Leitung und Kontrolle zumindest teilweise an die Beschäftigten delegiert werden müssen, sind die wichtigsten Entscheidungen weiterhin ihrem Einfluss entzogen, und Arbeitnehmerrechte werden abgebaut. Für große Gruppen der Lohnabhängigen dauert bei wachsendem Leistungsdruck und steigender sozialer Unsicherheit die alte Arbeitsteilung mit monotonen Tätigkeiten an.“ (Programm der PDS, 2003: 13) Der neoliberale Kapitalismus öffnet partiell Räume individueller Freiheit und beraubt diese zugleich durch ihre Einordnung in die Vermarktlichung aller Verhältnisse der Voraussetzungen von Gleichheit und Solidarität.

Die Lösung dieses Widerspruchs zugunsten tatsächlicher Freiheit der Einzelnen und ihrer Persönlichkeitsentfaltung auf der Grundlage sozialer Gleichheit und Solidarität wird zu einer zentralen, identitätstiftenden Aufgabe der Linken. Dies wird zum archimedischen Punkt des demokratischen Sozialismus. Das knüpft an die Ideale der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ an und ist den ursprünglichen sozialdemokratischen Werten Freiheit, Gleichheit, Solidarität verpflichtet. Doch im Gegensatz zu allen anderen etablierten Parteien einschließlich der Sozialdemokratie werden in der Konzeption des demokratischen Sozialismus Gleichheit und Solidarität nicht den globalen Marktmechanismen und der Standortpolitik geopfert.

Dem Leitbild des „flexiblen Menschen“ als „Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“ (Kommission für Zukunftsfragen, 1997: 7), der sich vor allem zu „rechnen“ hat, setzt der demokratische Sozialismus ein anderes Leitbild entgegen: Demokratischer Sozialismus zielt auf den Prozess der Herausbildung einer demokratischen und offenen Gesellschaft, die sozial gleiche Teilhabe für jede und jeden an elementaren Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Würde und in Solidarität mit anderen gewährleistet. Zu diesen wichtigsten Bedingungen oder notwendigen Gütern gehören existenzsichernde sinnvolle Arbeit, Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit und demokratische Beteiligung an den Entscheidungen in der Gesellschaft. Dies sind die Freiheitsgüter, die Menschen für die Entfaltung ihrer Individualität in Frieden und in Einklang mit der Natur brauchen. Sie werden nur durch die Solidarität aller sozialen und demokratischen Kräfte zu erlangen sein.

Freiheit, soziale Gleichheit und Solidarität sind nicht zu trennen. Sie bilden den Inhalt sozialer und politischer Gerechtigkeit, die auch Geschlechtergerechtigkeit und Überwindung aller anderen hierarchischen Verhältnisse rund um die Erde sowie Gerechtigkeit zwischen den Generationen einschließlich des Erhalts der natürlichen Lebensbedingungen für die künftigen Generationen einschließt.

Eine solche Auffassung des demokratischen Sozialismus, konzentriert auf die Bedingungen der Einzelnen für ihre freie Persönlichkeitsentfaltung, stellt den inneren Zusammenhang aller anderen Eckpunkte linker Politik her. Dies bindet Konzepte für Beschäftigung und soziale Sicherheit, für Erhalt und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge – vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen – und für die Teilhabe aller an Entscheidungen darüber zusammen.

Das Projekt einer modernen linken Partei ist nicht entweder libertär oder sozial. Es ist nicht auf Freiheitsrechte oder Arbeit zu konzentrieren, sondern auf allen Politikfeldern dem Reichtum der Persönlichkeit jeder und jedes Einzelnen verpflichtet. Dies sollte nach meiner Überzeugung die Grundphilosophie und innere Logik des Programms der neu entstehenden Linken Partei in Deutschland ausmachen. Das Neue einer solchen Partei wäre, bundesweit diesen Anspruch dem neoliberalen Leitbild vom Menschen, der sich zu „rechnen“ hat, entgegenzusetzen und zugleich für konkrete Projekte zur Umsetzung dieses Anspruchs zu mobilisieren.

● *Demokratischer Sozialismus als transformatorischer Prozess*

Sozialdemokratische Reformen zielen auf die Zivilisierung des Kapitalismus, nicht auf seine Überschreitung. Anthony Giddens schrieb: „Heute hat niemand mehr eine Alternative zum Kapitalismus zu bieten – zur Debatte steht nur noch, in welchem Maße und auf welche Weise der Kapitalismus begrenzt und gezähmt werden sollte.“ (Giddens, 1999; 57) Neosozialdemokratische „Reformen“ sollen die Unterwerfung unter die profitdominierten Weltmarktmechanismen sozial stärker abfedern als konservative Varianten des Neoliberalismus – zuweilen bereiten sie diesen allerdings überhaupt erst den Weg. Vertreter des „revolutionären Standpunkts“ bestreiten, dass diesseits des Rubikon eines revolutionären Bruches viel mehr als Protest, Widerstand und Bewahrung von Zukunftshoffnungen auf den Sozialismus möglich ist. Ich nenne diesen Standpunkt aus Kurzfassungsgründen den Rubikon-Standpunkt.

Das transformatorische Konzept des Sozialismus setzt - im Unterschied zu traditionell sozialistisch-kommunistischen Überzeugungen, zum Rubikon-Standpunkt - darauf, dass bereits unter bürgerlich-kapitalistischen Bedingungen ein Prozess der Annäherung an das Leitbild sozial gleicher Teilhabe für jede und jeden an den Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Würde begonnen, erheblich vorangetrieben und in kleinen Schritten und größeren Brüchen für die Überschreitung des Kapitalismus geöffnet werden kann und muss – statt nach sozialdemokratischem Muster in die Versöhnung mit der Kapitalherrschaft zu führen.

Aus diesem Verständnis des demokratischen Sozialismus als transformatorischer Prozess resultiert der entscheidende Gebrauchswert einer Partei des demokratischen Sozialismus hier und heute für die Bürgerinnen und Bürger. Denn Ziele mögen in manchen Fällen des Lebens mit einem einzigen Schnitt und einem unglaublichen Sprung von einem in den anderen Zustand erreicht werden. Von einer Gesellschaft in eine ganz andere werden wir wahrscheinlich eher in einem langen Veränderungsprozess, im Verlauf vieler Schritte und Einschnitte gelangen. Aber das Verbindende zwischen ihnen ist, dass es gegenwärtig wie auf lange Sicht, in allen Abschnitten dieses Weges stets um die Annäherung an das gleiche Ziel nach gleichen Wertmaßstäben geht, die dem Profitmaß entgegengesetzt sind. Um mehr existenzsichernde sinnvolle Arbeit, mehr hochwertige Bildung unabhängig von sozialer Herkunft, mehr sozial gleichen Zugang zu medizinischen Leistungen und mehr Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungen auf allen Ebenen. Um *mehr Gerechtigkeit, deren Inhalt Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind*, geht es nicht erst irgendwann, sondern heute, morgen und übermorgen. Das macht den demokratischen Sozialismus zu einer irdischen Angelegenheit für Menschen, die heute Antworten auf ihre Probleme suchen. Wäre er nur als ein fernes Ziel zu verstehen, so wäre er bloß eine Angelegenheit für jeden kleinen Teil der Gesellschaft, den Visionen mehr als das problembeladene Leben der Gegenwart interessieren.

Das Verständnis des demokratischen Sozialismus als transformatorischer Prozess führt mit einer eigenen inneren Logik zu strategischen Konsequenzen. Sie wurden auf dem Potsdamer Parteitag 2004 der PDS mit dem Bild eines strategischen Dreiecks erfasst: Protest und Widerstand, gestaltende Reformen unter gegebenen

Bedingungen und Öffnung dieser Reformen für die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus bilden eine Dreieinigkeit.

Neu an der neuen Linken sollte sein, dass sie diese drei Momente ihres Kampfes in der ganzen Bundesrepublik zu einem sozialistischen Transformationskonzept verbindet und dabei dreierlei meidet: das pure Nein ohne Alternative, das visionslose Handeln im Gegebenen und die Vision ohne Veränderung der Gegenwart.

● *Prinzipielle Kritik kapitalistischer Grundstrukturen – Anerkennung und Ausschöpfung der Entwicklungspotentiale bürgerlicher Gesellschaft*

Sozialdemokratische Reformen leben von der Anerkennung von Basisinstitutionen der bürgerlichen Gesellschaft als Evolutionspotenziale und von der Überzeugung, dass bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften damit Potenzen ihrer sozialen und demokratischen Selbstläuterung besitzen. Neosozialdemokratische Politik allerdings mündet geradezu in die Reduktion dieser Potenziale. Der Rubikon-Standpunkt vermag in bürgerlichen Gesellschaften nur wenig Entwicklungsfähiges und Entwicklungswertes und schon gar nicht Räume alternativer Entwicklung zu entdecken. Er produziert eine Kultur der Ablehnung, die die Nähe von Sozialisten zu den Bürgerinnen und Bürgern erschwert, die ja mit den gegebenen Verhältnissen einstweilen zurechtkommen und in ihnen auch das Gute für sich herausfinden müssen und wollen.

Demokratischer Sozialismus als Transformationskonzept verknüpft prinzipielle Kritik an Grundstrukturen des Kapitalismus und an systemintern nicht lösbaren Entwicklungsblockaden mit größter Aufmerksamkeit für die Entwicklungspotenziale bürgerlicher Gesellschaften, die für machbare Reformalternativen ausgeschöpft werden können. Auch solche Verknüpfung sollte zur „Neuerfindung der Linken“ gehören. Die gegenwärtig bestimmenden Entwicklungstendenzen scheinen gegen eine solche Sicht zu sprechen. Nicht Entfaltung positiver Entwicklungspotenziale, sondern Erosion der Demokratie und Sozialabbau dominieren. Die Produktivkraft des Menschen als der „wirkliche Reichtum“ (Marx) der Gesellschaft wird durch Massenarbeitslosigkeit, Bildungsschranken und viel schlimmer noch in den so genannten Entwicklungsländern durch massenhaftes Elend verschleudert. Imperiale Tendenzen gewinnen international gefährliches Gewicht. Im so genannten Krieg gegen den internationalen Terrorismus nimmt der Rechtsstaat Schaden. Kulturelle Niedergangsprozesse sind unübersehbar.

Der heutige Kapitalismus bringt Entwicklungsmöglichkeiten hervor, die für eine nachhaltige Entwicklung unverzichtbar sind, aber er fesselt, deformiert und zerstört sie zugleich. Sie werden jedoch für sozialistische Politik und für die Veränderung der Kräfteverhältnisse gebraucht und müssen genutzt werden. Die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums kann Gestaltungsräume erweitern, sofern sie ökologisch verantwortbar erfolgt und der Reichtum gerecht verteilt wird. Höhere Produktivität ermöglicht mehr freie Zeit für selbstbestimmte Lebensweisen – sofern sie für verkürzte Arbeitszeiten, gerechte Neuverteilung der Arbeit und Humanisierung der Arbeitswelt ausgeschöpft wird. Der Zuwachs an Wissen bringt nie gekannte Lebenschancen hervor, beispielsweise im Gesundheitswesen – wenn öffentliche Güter wie Gesundheit, Bildung und Kultur gegen Kommodifizierung und Privatisierung erfolgreich verteidigt und ausgebaut werden. Internationalisierung

erleichtert die Unterstützung armer Völker und den Zugang zu anderen Kulturen – wenn es u. a. gelingt, ein soziales Europa zu gestalten, in der Weltwirtschaft soziale und ökologische Mindeststandards in Solidarität mit dem „Süden“ durchzusetzen und eine Re-Regulierung der Finanzmärkte zu erreichen. Erdumspannende elektronische Vernetzung alternativer Akteure erhöht die Chancen für die Demokratisierung von „unten“. (Vgl. Programm der PDS, 2003: 14)

Kurz: Demokratischer Sozialismus erfordert Akzeptanz und Ausschöpfung der Entwicklungspotenziale moderner bürgerlicher Gesellschaften und zugleich Abgrenzung von jeder Einfügung in die gegebenen Verhältnisse, die aus einer Überschätzung selbstläufiger Wirkung dieser Potentiale resultieren würde.

- *Herausbildung einer alternativen Regulationsweise*

Unterschiedliche Entwicklungswege umfassen stets auch unterschiedliche Regulationsweisen. Der klassischen sozialdemokratischen Reformpolitik galt im Rahmen einer mixed economy die sozialstaatliche Regulation bei Marktdominanz als handlungsleitend.

Die neue sozialdemokratische „Reform“-politik übernimmt weitgehend die neoliberale Unterordnung staatlicher Regulierung unter die globale Marktkonkurrenz. Sie trägt eine einschneidende Veränderung der gesamten Regulationsweise mit. Diese ist erstens gekennzeichnet durch Reduzierung der sozialen Komponente im Verhältnis zum bestimmenden Einfluss transnationaler Unternehmen und internationaler Institutionen und vor allem im Verhältnis zum explosiv gewachsenen Gewicht der Finanzmärkte im globalen Regulationsmechanismus (Deregulierung und Liberalisierung). Im Rahmen der Profitdominanz gewinnt der shareholder value eine erstrangige Stellung. Zweitens vollzieht sich ein Umbau der Regulationsweise durch die Delegation von Teilverantwortung auf die Ebene der Lohnabhängigen und der neuen Arbeitskraftunternehmer: Selbstführung, Selbstverantwortung, Selbstausbeutung werden zu wichtigen Komponenten der Regulationsweise in Kombination mit verstärkt autoritären Herrschaftsformen. Drittens gewinnen imperiale und imperialistische Gewaltanwendung und polizeistaatliche Herrschaftsmechanismen an Bedeutung. Im Namen des Antiterrorkrieges werden Bürgerrechte abgebaut.

Linke emanzipatorische Reformalternativen bedürfen im Maße ihrer Durchsetzung eines alternativen Wandels auch der Regulationsweise. Häufig wird dies auf Seiten der Linken vernachlässigt. Nicht selten werden Forderungs- und Aktionsprogramme entwickelt, ohne dass den notwendigen Veränderungen in der Regulationsweise nennenswerte Aufmerksamkeit zugewendet wird. Doch es liegt auf der Hand, dass soziale und emanzipatorische Fortschritte nicht durch Marktmechanismen und soziale Deregulierung erreichbar sind.

Auch ein alternativer Wandel der Regulationsweise wird sich voraussichtlich als ein permanenter Prozess vollziehen, da die Durchsetzung jedes progressiven Entwicklungsschrittes nur durch entsprechende Veränderungen der Institutionen und Mechanismen der Regulation zustande kommen kann.

Der Prozess der Herausbildung einer alternativen Regulationsweise ist von ihren Inhalten nicht zu trennen. Er umfasst oder wird voraussichtlich umfassen:

- die Selbstermächtigung von Individuen und Initiativen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen dazu, die eigenen Interessen in ihrer Lebenswelt in die eigenen Hände zu nehmen und durchzusetzen. Demokratisierung von unten ist eine elementare Ebene für die Herausbildung einer neuen Regulationsweise. Dabei können und müssen die durch die neoliberale Entwicklung geförderten Individualisierungs- und Selbstentscheidungsprozesse ausgeschöpft, ihre Richtung jedoch umgekehrt werden. Eine Grundbedingung dafür ist eine Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme, weil Selbstbestimmung von unten sozialer Sicherheiten als Rückhalt bedarf – in Entgegensetzung zu einer Selbstorganisation unter dem neoliberalen Vorzeichen der Entsicherung. Die Frage, welche Bedingungen die Entscheidung von Individuen für ein aktives alternatives gesellschaftliches Engagement fördern und welche Umstände darauf hemmend wirken, gewinnt eine erstrangige Bedeutung für die Linke – wenn sie denn Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Individuen ernsthaft als eine wesentliche Ebene einer neuen Regulationsweise entfalten will (siehe Chrapa / Dellheim, 2003: 288 ff).
- die Stärkung kollektiver demokratischer Akteure, von alten und neuen sozialen Bewegungen und Initiativen, um die negativen sozialen und ökologischen Folgen der Marktregulation in Grenzen zu halten, in der Wirtschaft eine erweiterte Mitbestimmung und andere Elemente von Wirtschaftsdemokratie durchzusetzen und vom Staat eine erneuerte Politik der Verantwortung für nachhaltige Lösungen herangereifter Probleme und Widersprüche zu erzwingen.
- Rückgewinnung und Erweiterung von Optionen für eine strategisch gestaltende Politik auf nationaler und internationaler Ebene, die das Verhältnis zwischen Marktmechanismen und staatlicher Intervention erneut verändert, diesmal jedoch zugunsten sozialstaatlicher und ökologischer Strategien, die besonders über Struktur-, Umwelt-, Bildungs- und Forschungspolitik, über mittelfristige Finanzpolitik und Sozialpolitik in den Reproduktionsprozess eingreifen. Das schließt den Erhalt und die Ausweitung öffentlicher Güter und öffentlicher Daseinsvorsorge, insbesondere in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Kultur und Mobilität ein.
- erneuerte staatliche Rahmensetzung, die den Marktmechanismus relativiert, ihn sozial und ökologisch konditioniert und auf solche Weise eine Umkehr einleitet: An die Stelle der Unterordnung der Gesellschaft unter die Wirtschaft tritt die Unterordnung der Wirtschaft unter Gemeinwohlinteressen der Gesellschaft.
- Wirkung des neu konditionierten Marktmechanismus: Private Gewinninteressen von Unternehmen werden nicht wie ehemals im Staatssozialismus abgeschafft, sondern zurückgedrängt und auf lange Sicht überwunden wird die *Dominanz* des Profits in Wirtschaft und Gesellschaft.

Eine neue Regulationsweise ist nicht „einzuführen“. Sie wird sich in den Kämpfen um die Durchsetzung sozialer, ökologischer und emanzipatorischer Forderungen entwickeln, weil jeder Fortschritt entweder Elemente solcher veränderten Regulationsweise bedingt oder nicht eintreten wird.

Eine neue Regulationsweise wird in den Kämpfen „vor Ort“, in der Lebenswelt der Individuen, entstehen. Sie wächst, wo es Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gelingt, sich aus bloßen Abwehrkämpfen zu befreien, wo sie Druck auf das Parteiensystem und die öffentliche Hand ausüben, wo kritische öffentliche Diskurse, Streiks, Demonstrationen und andere Widerstandsformen eine Richtungsänderung staatlichen Handelns erzwingen, wo internationale Solidarität wirksam wird und einzelwirtschaftliches Denken endlich in Gemeinwohlinteressen eingeordnet wird.

Die neue Regulationsweise wird von alternativen Akteuren in der gesellschaftlichen Opposition geboren, findet den Ort ihrer Entwicklung aber auch in linker Regierungsbeteiligung.

Zu linker Regierungsbeteiligung hier nur Stichworte:

- Nach der Logik des hier Dargestellten hat die Beteiligung einer linken Partei an der Regierung das selbstbestimmte Handeln von Individuen und kollektiven Akteuren gegen die neoliberale Politik zu fördern. Deren Beteiligung an der Erarbeitung linker Regierungspolitik und die Transparenz dieser Politik für die Öffentlichkeit sind dringliches Gebot für einen neuen Politikstil der Linken. Ob dies eingelöst wird, ist allerdings nicht allein dem oft schnellen Urteil radikaler Kritiker zu überlassen.
- Linke Regierungsbeteiligung ist ferner danach zu bewerten, ob sie erkennbare Schritte zur Rückgewinnung politischer Gestaltungskraft unternimmt. In Berlin ist die Aufgabe für die Linkspartei bisher ungelöst, mit unverkennbar linken eigenständigen größeren Projekten auch auf Regierungsebene demokratisch-sozialistisches Profil auszuprägen – über gegebene Verhältnisse hinausweisend (Reißig, 2005: 42).

Ansätze dafür zeichnen sich jedoch ab, z.B. in Gestalt der Berliner Agenda 21 für Kultur, des Projekts Soziale Stadt oder der Leitsätze für eine Gesundheitsstadt Berlin und entsprechender erster praktischer Schritte. In Mecklenburg-Vorpommern sind solche Ansätze bereits stärker ausgeprägt. Das betrifft beispielsweise die Arbeitsmarktpolitik, den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, dezentralisierte Mitsprache verschiedenster zivilgesellschaftlicher Akteure in den Regionalbeiräten der vier Landesplanungsregionen bei der Bestimmung von Gemeinwohl orientierten Arbeitsförderprojekten und Ansätze längerfristiger politischer Gestaltung, z. B. in der Umweltpolitik und in der Form des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms des Landes.

- Wichtig für die Bewertung linker Regierungspolitik ist aber auch, zwei verschiedene Messlatten zu unterscheiden: Das Maß der eigenen Programmatik, zu der in den unausweichlichen Kompromissen mit stärkeren Partnern erhebliche Differenzen kaum zu vermeiden sind, und das Maß des Vergleichs mit Vorgängerregierungen und mit den Zielen anderer Parteien, die sie ohne linken Regierungseinfluss durchsetzen würden. Zu beachten sind nicht zuletzt die gegebenen globalen, europäischen, bundesweiten und landesinternen Rahmenbedingungen, unter denen zu handeln ist.

Wenn unter den gegebenen Voraussetzungen schlimmere Entwicklungen abgewendet und wichtige Verbesserung für beachtliche Teile der Bevölkerung und besonders für sozial benachteiligte Gruppen erreicht werden, ist das nicht nichts für diese (z.B. in Berlin das Sozialticket und 3-Euro-Theatertickets, Geld – statt Naturalleistungen für Asylanten und ihre Unterbringung in Wohnungen statt in Lagern).

- Zu bedenken ist eine Parallele zu der richtigen These, dass Linke neoliberal hervorgebrachte Selbstorganisation und erzwungenes unternehmerisches Denken der Lohnabhängigen in emanzipatorische Selbstbestimmung umkehren müssen. Ist nicht auch eine linke Regierungsbeteiligung, die erkennbare Teilverbesserungen bewirkt und sich weitergehenden Anforderungen stellt, ein wichtiger Lernprozess für die Linke, der künftige Regierungsverantwortung unter besseren Bedingungen vorbereitet? Muss nicht Regierungskompetenz praktisch erlernt werden, um sie im Aneignungsprozess emanzipatorisch zu wenden?

● *Demokratischer Sozialismus und Eigentum*

Die Differenzen zwischen den verschiedenen Entwicklungs- und Gesellschaftsvorstellungen lassen sich besonders deutlich am Verhältnis der gegensätzlichen Konzepte zur Kapitalverwertung verdeutlichen. Sozialdemokratische Reformen zielen auf Korrekturen an den Negativfolgen der Kapitalverwertung. Neosozialdemokratische Reformen münden in die verlustreiche Unterordnung sozialer Regulierung unter die Kapitalverwertungsinteressen und in Deregulierung. Sie haben sich der Privatisierung bisher öffentlichen Eigentums verschrieben. Der Rubikon-Standpunkt heißt Abschaffung der Kapitalverwertung und ihrer Eigentumsgrundlagen. Denn er schließt eher Zweifel daran ein, dass es in bürgerlichen Gesellschaften eine Soziallogik gibt, die gegen die Kapitallogik entfaltet werden kann und muss.

Der demokratische Sozialismus zielt in einem transformatorischen Prozess auf die Überwindung der *Dominanz der Kapitalverwertung*, der *Profitdominanz*. Nicht die Abschaffung des Marktes und nicht die Abschaffung des unternehmerischen Gewinninteresses ist sein Markenzeichen, sondern die Umkehr der Dominanzverhältnisse zugunsten einer Dominanz der Soziallogik über die Kapitallogik.

Die Kämpfe demokratischer Akteure müssen darum gehen, alle Eigentumsformen im Gefolge veränderter Kräfteverhältnisse durch zivilgesellschaftlichen Druck, durch partizipative Demokratie den Gemeinwohlinteressen zu unterwerfen. Druck auf gesetzliche Regelungen, Wirtschaftsdemokratie und zivilgesellschaftlicher Druck auf die Unternehmensleitungen sollen dazu führen, dass Unternehmensgewinne an ökonomische Effizienz, an die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards, an Beschäftigungsförderung, Mitbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit zugleich gebunden werden. Es darf nicht bei allein monetären Stabilitätskriterien der EU und der Nationalstaaten bleiben.

Die Innovationskraft der Linken ist nicht auf die generelle Abschaffung des Profits zu

richten, sondern auf die Zurückdrängung und Überwindung seiner Dominanz, auf Wege zur Bindung auch von Gewinninteressen an ökonomische, soziale und ökologische Kriterien, an eine neue mehrdimensionale gesellschaftliche Effizienz also.

Das Gewinninteresse wäre im Hegelschen Sinne „aufzuheben“ im Gemeinwohlinteresse. Die Verfügung über alle Formen des Eigentums muss einem Wechsel in dieser Richtung dienen. Jene Eigentumsformen wären zu fördern, die das am leichtesten ermöglichen. Besonders: In Sphären wie Gesundheit, Bildung, Erziehung, Pflege, Betreuung, Kultur und Umweltschutz, deren innere Natur mit der Regulierung nach dem Maß des Profits unverträglich ist, müssen Gemeineigentum, öffentlich-rechtliches Eigentum und andere nichtprivate Eigentumsformen gestärkt werden. Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Güter muss zu einem Markenzeichen linker Politik, auch der Politik einer künftigen neuen Linken Partei, werden.

● *Für eine theoretische Fundierung des demokratischen Sozialismus als transformatorischer Prozess*

Generationen von Kommunisten haben sich an theoretischen Begründungen der erwarteten Revolutionen abgearbeitet. Generationen von Sozialdemokraten haben sich dem theoretischen Unterbau ihrer Reformpolitik gewidmet. Dem Verständnis des demokratischen Sozialismus als Transformationskonzept zwischen Reformen im Rahmen des Kapitalismus und kommunistischer Revolution, zwischen Scylla und Charybdis, ist bisher nicht annähernd so viel theoretische Mühe zugewendet worden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat ihre Vorstellungen vor allem in den Publikationen „Zur Programmatik des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar“, „Reformalternativen. sozial – ökologisch – zivil“, „Leben statt gelebt zu werden“ und „Sozialismus als Tagesaufgabe“ vorgelegt.

Eine der Fragen dabei war und ist diese: Was spricht aus theoretischer Sicht gegen die Vorwürfe an die Linke, nur Illusionen zu vertreten? Was spricht dafür, dass Reformen – beginnend im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften – bei fortschreitender Veränderung der Kräfteverhältnisse bis zur Überwindung der bestimmenden Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus führen und in diesem Sinne revolutionären Charakter annehmen können? Was spricht dafür, trotz gegenteiliger Erfahrungen in der Geschichte der Sozialdemokratie? Was spricht für die Existenz einer Soziallogik in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften, die gegenüber der Kapitallogik weit mächtiger als gegenwärtig erkennbar zur Geltung gebracht werden kann? Dies muss durch die Analyse der konkret-historischen Bedingungen bestimmt werden. Fünf Ansätze dazu sollen jedoch auf theoretischer Ebene abschließend angedeutet werden (Näheres siehe Klein, 2002: 66 ff).

Erstens: Ein produktivkrafttheoretischer Ansatz

Im Zentrum der Produktivkraftentwicklung stehen heute mehr denn je die Entfaltung des Bildungspotenzials der Menschen und ihrer Kreativität, das von ihnen hervorgebrachte Wissen, ihre Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit und ihre

Selbstverantwortung. Dies sind Entwicklungsreserven der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften als Wissens- und Informationsgesellschaften, die auch für die Kapitalverwertung unverzichtbar sind. Die kapitalistische Entwicklung selbst bringt also subjektive Potenziale hervor, die in kritisches Nachdenken über die Gesellschaft und in alternatives Denken umschlagen können, wenn das eigene Denkvermögen mit Fremdbestimmung und der Tendenz zur totalen Vermarktung des Menschen in Kollision gerät.

Emanzipatorische Forderungen, die sich gegen solche Reduktion des Menschen richten, können also durchaus an Entwicklungserfordernisse anknüpfen, die die kapitalistische Produktivkraftentwicklung selbst hervorbringt. Allerdings fordert dies einer sozialistischen Partei substantielle Konzepte für eine demokratische Bildungsreform, für nachhaltige Wissenschaftspolitik, eigene kulturelle Qualitäten und enge Beziehungen auch zu den gebildeten Schichten der Gesellschaft ab.

Die moderne Produktivkraftentwicklung ermöglicht ferner, mit weniger Arbeitsaufwand mehr Güter und Leistungen hervorzubringen. Das erlaubt einem wachsenden Teil der Bevölkerung, Aufgaben zu übernehmen, die die Horizonte des Kapitals überschreiten, weil sie sich betriebswirtschaftlich häufig nicht „rechnen“, für die Gesellschaft aber unverzichtbaren sozialen Fortschritt bedeuten – für Gesundheit, Pflege, Bildung, Kultur und ein selbstbestimmtes Leben. Der Horror marktradikalen Denkens vor öffentlicher und öffentlich geförderter Beschäftigung, die neoliberale Verwandlung bisher öffentlicher Güter in Marktobjekte, die Politik der Deregulierung und Privatisierung überlagern diese „an sich“ herangereifte große Chance.

Doch Kämpfe für die Verteidigung und Ausweitung öffentlicher Güter und öffentlicher Daseinsvorsorge können daran anknüpfen, dass mit der erreichten Produktivität auf dem Wege der Umverteilung für immer mehr Menschen Einkommen in human orientierten Dienstleistungen jenseits der Kapitalrentabilität gesichert werden können.

Allerdings erfordert dies die Anerkennung sozialstaatlicher Umverteilung statt der marktliberalen Klage über angeblich zu hohe Staatsquoten und die Durchsetzung öffentlich geförderter Beschäftigungssektoren. Dies vermag wiederum anzuknüpfen an die längst zwangsläufig entstandene Entwicklung großer Non-Profit-Bereiche, in denen in 22 untersuchten Ländern bereits gegenwärtig rund 19 Millionen Menschen regulär beschäftigt sind.

Zweitens: Ein reproduktionstheoretischer Ansatz

Über längere Zeiträume hinweg ist unverkennbar, dass moderne bürgerliche Gesellschaften der Ausweitung allgemeiner Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion bedürfen. Das betrifft Bildung (siehe Pisa-Studie), Wissen, Gesundheit, Energieversorgung, Mobilität, Kommunikation, Umweltschutz, Kultur, soziale Sicherheit und innere Sicherheit gegen Kriminalität. Die Reproduktion des gesellschaftlichen Ganzen erfordert die Entwicklung nichtprofitabler Bereiche der Gesellschaft – letzten Endes sogar im Teilinteresse der Unternehmerklasse. Das schließt die Beschränkung der den Einzelkapitalen in der Konkurrenz eigenen Maßlosigkeit ihrer Verwertung zugunsten des Gemeinwohls ein. Auch daran kann die Linke in ihrem Kampf gegen den „Terror der Ökonomie“ (Viviane Forrester) und für

eine De-Kommodifizierung in vielen Bereichen der Gesellschaft anknüpfen, für die Rückverwandlung privatisierter Güter in öffentliche Güter.

Drittens: ein systemtheoretischer Ansatz

Moderne bürgerliche Gesellschaften sind ausdifferenzierte Gesellschaften. Zwar dominiert das Maß der Wirtschaft, der Profit, auch in sämtlichen anderen Teilsystemen der Gesellschaft oder durchdringt sie zumindest zunehmend in einem fortschreitenden Kommerzialisierungsprozeß. Gleichwohl haben Politik, Recht, Wissenschaft, Kultur, Sozialsphäre, Religion, Ethik und andere Subsysteme ihre eigenen Logiken und eigenen Maßstäbe der Entwicklung. Im Recht beispielsweise geht es um Setzung und Einhaltung gesellschaftlicher Normen und um Sanktionen im Falle ihrer Verletzung. Dies vollzieht sich unter starkem Einfluss von Kapitalmacht – aber Menschenrechte weisen über diese hinaus. In der Wissenschaft geht es um Zugewinn von Erkenntnis – oft in Abhängigkeit von der Finanzierung profitabler und den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen zuträglicher Projekte. Aber der Suche nach wissenschaftlicher Wahrheit sind auch herrschaftskritische Tendenzen eigen. Ähnliches gilt ebenso für Kultur, Ethik, Religion und andere Sphären.

Die Linke hat die Chance, den Eigensinn der gesellschaftlichen Teilsysteme gegen die Profitdominanz zu nutzen und ihre transformatorischen Potenziale auszuschöpfen. Sie muss dies tun, indem sie sich mit Menschen verbindet, die eher der spezifischen Eigenlogik der Subsysteme als dem Herrschaftsinteresse der Machteliten verpflichtet sind, weil sie als WissenschaftlerInnen, Juristen, Künstler oder Gläubige anderen Zielen als dem Profit verpflichtet sind.

Viertens: Individualisierung und ein lebensweltlicher Ansatz

Eine Grundtendenz moderner bürgerlicher Gesellschaften ist der Prozess der Individualisierung.“ Es gibt im Westen der Welt wohl kaum einen verbreiteteren Wunsch als den, ein eigenes Leben zu führen. Wer heute in Frankreich, Finnland, Polen, der Schweiz, in England, Deutschland, Ungarn, in den USA und Kanada herumreist und fragt, was die Menschen wirklich bewegt, was sie anstreben, wofür sie kämpfen, wo für sie der Spaß aufhört, wenn man es ihnen nehmen will, dann wird er auf Geld, Arbeitsplatz, Macht, Liebe, Gott usw. stoßen, aber mehr und mehr auf die Verheißungen des eigenen Lebens. Geld meint eigenes Geld, Raum meint eigenen Raum, eben im Sinne elementarer Voraussetzungen, ein eigenes Leben zu führen Mit nur leichter Übertreibung kann man sagen: Das alltägliche Ringen um das eigene Leben ist zur Kollektiverfahrung der westlichen Welt geworden.“ (Beck, 1997: 9)

Das eigene Leben mit selbstbestimmtem Sinn zu erfüllen, die eigene Lebenswelt nach eigenem Maß zu gestalten, individuelle Freiheit und die dafür notwendigen Bedingungen zu erstreben – das widerspricht jedoch der Logik des Kapitals und der Verwandlung aller Sphären des Lebens in Warenwelten und Objekte der Kommerzialisierung. Hier hat eine Soziallogik ihre tiefsten Wurzeln. Hier sind entscheidende Ansätze für eine Transformation zu einer gerechten Gesellschaft zu finden. Doch diese Ansätze bedürfen der Freisetzung durch entschiedene Erneuerung der Demokratie. Denn individuelle Freiheit durch sozial gleiche Teilhabe der Individuen an demokratischen Entscheidungen, existenzsichernder Arbeit, Bildung und sozialer Sicherheit muss gegen jenen vorherrschenden

Individualisierungstyp erkämpft werden, der Vereinzelung der Individuen, Einsatz der Ellenbogen gegeneinander, Selbstausbeutung, Ungleichheit und Ausgrenzung bedeutet. Die Forderung nach einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung kehrt Solidarität gegen diese Tendenz und zielt auf die Möglichkeit für die Einzelnen, Nein zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen zu sagen, ohne einen weitgehenden sozialen Absturz zu riskieren. Ein transformatorisches Projekt sozialen und ökologischen Wandels findet in den der Profitdominanz zuwiderlaufenden Seiten der Individualisierung und des lebensweltlichen Eigensinns wichtige Grundlagen.

Fünftens: Ein akteursorientierter und machttheoretischer Ansatz: das Kräfteverhältnis ändern

Alle unterschiedlichen Prozesse und Interessen, die in bürgerlichen Gesellschaften der Kapitallogik mehr oder weniger entgegenstehen, konstituieren zusammen eine Tendenz, die mit dem Arbeitsbegriff Soziallogik bezeichnet werden kann. Der Begriff Soziallogik deutet auf in sich widersprüchliche reale oder potenzielle Tendenzen hin, die in der Regel weitgehend in den bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftsmechanismus eingebunden sind. Sie bedürfen daher der Befreiung aus der Unterordnung unter die Kapitallogik, um gegen sie zur Geltung gebracht zu werden. Das führt uns zu der für die Bestimmung des demokratischen Sozialismus als transformatorischen Prozess entscheidenden Aussage:

Es gibt nur eine einzige Chance, jegliche Form des Eigentums dem Grundgesetz entsprechend auf das Gemeinwohl zu verpflichten. Es gibt nur einen einzigen Weg, die Unterwerfung der Soziallogik unter die Kapitallogik zu beenden und das Verhältnis zwischen beiden Entwicklungslogiken umzukehren. Das ist die Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses gegen die Macht des Kapitals und seiner politischen Stützen. Das ist die Selbstermutigung vieler Bürgerinnen und Bürger, ihrer Initiativen und sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und anderer Organisationen, kurz, von Gegenmächten unterschiedlicher Art und von Parteien, die mit ihnen solidarisch sind, zum Begehen eines anderen Entwicklungsweges. Das ist die Vernetzung alternativer Akteure zu breiten Allianzen für mehr Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden und Solidarität. Dazu ihren eigenständigen Beitrag zu leisten, ist die entscheidende Aufgabe der künftigen vereinten Linkspartei. Neu an einer neuen Linkspartei muss diese Kultur der radikalen Öffnung, der Vernetzung, der Präsenz dort werden, wo die Bürgerinnen und Bürger die eigenen Dinge gegen die Herrschenden selbst in ihre Hände nehmen.

Die Veränderung der Kräfte- und Machtverhältnisse ist die absolute Voraussetzung dafür, dass Reformen nicht in die Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse, sondern aus ihnen heraus führen. Demokratischer Sozialismus ist permanenter Kampf um diesen Wandel. Das unterscheidet ihn von sozialdemokratischer Politik, die sich schon seit Jahrzehnten von der Veränderung der Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse verabschiedet hat. Es zählt zu ihren schwersten Versäumnissen, dass sie damit zu einem deformierten öffentlichen Bewusstsein beigetragen hat, in dem die Einsicht in den Zusammenhang zwischen sozialer Kälte und kapitalistischen Machtstrukturen verdrängt wird

4. Strategische Schwerpunktsetzung

Für die Formulierung strategischer Aufgaben der Linken in Deutschland und in der Europäischen Union bedeutet dies:

1. Die Linke muss zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten in den alltäglichen Kämpfen und in der öffentlichen geistigen Auseinandersetzung ihrer Anstrengungen auf die Vernetzung aller alternativen Kräfte zu einem Block konzentrieren, der den Einstieg in einen anderen Entwicklungsweg, in die Herausbildung einer solidarischen demokratischen Gesellschaft anstrebt.

Die Linke braucht aufs Dringlichste eine veränderte Einstellung zu Kreisen, die anders denken und handeln als sie selbst. Ohne Vertrauensbeziehungen zu Reformkräften in den Kirchen, ohne das ständige Gespräch mit Wissenschaftlern und Künstlern, mit sozial denkenden Unternehmerinnen und Unternehmern, mit Journalistinnen und Journalisten, ohne vorurteilsfreien Umgang mit Jugendkulturen – in Abgrenzung von der rechten Szene – wird kein alternativer Entwicklungsweg begehbar sein. Erhebliche Selbstveränderung der Linken ist dafür vonnöten. Abschied von Selbstbezogenheit. Eine Wende von linksinternen zu externen Maßstäben alternativen Wirkens – ein Kulturbruch in der Linken selbst.

Das heißt, dass auf der Ebene linker Parteientwicklung nicht die Vorbereitung der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene ab 2009 die erste strategische Aufgabe ist. Eine solche Beteiligung darf eine Partei, die alle Ebenen und Formen des Kampfes nutzen will, nicht überraschen, auch nicht 2009. Aber die elementarste Aufgabe ist ein solcher Wandel der Kräftesituation durch die Herausbildung demokratischer Allianzen in Deutschland und in der Europäischen Union, dass demokratische Alternativen sich auf breitem Druck der Bürgerinnen und Bürger stützen können, ob im Parlament, außerparlamentarisch oder in Regierungen.

2. Veränderungen im Kräfteverhältnis vollziehen sich in erster Linie im Zusammenwirken an alternativen Projekten im Interesse der Beteiligten. Das wird sich im übrigen auch als die beste Methode zur Herausbildung einer neuen linken Partei erweisen. Das betrifft vor allem:

- die Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit (Binnenmarktstärkung durch Einführung von Mindestlöhnen, Tarifabschlüsse nicht unter Produktivitätszuwachs und Preissteigerungsraten, mehr öffentliche Investitionen, Arbeitszeitverkürzung und –umverteilung, öffentlich geförderte Beschäftigung u.a);
- die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme, eingeschlossen die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung;
- die Überwindung von Kinderarmut, sozial gleiche Teilhabe aller an hochwertiger Bildung und Umsetzung des Bildungs- und Wissenschaftspotentials in eine breite Innovationsoffensive;
- einen Neuanatz für Ostdeutschland;
- Schritte zu ökologischem Umbau;
- Sorge für mehr Demokratie, für öffentliche Sicherheit und Kampf gegen Rechtsextremismus;
- Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung für Migrantinnen und Migranten .

Das erfordert Umverteilung von oben nach unten im Rahmen eines solidarischen Steuersystems. Das hat eine elementare Voraussetzung: Friedenspolitik, zivile Konfliktbearbeitung, Politik für eine erneuerte soziale EU.

Dringlich ist herauszufinden, welches innerhalb der entscheidenden Politikfelder die wenigen wichtigsten, auch identitätsstiftenden Projekte sein sollen, für die die Linke im Parteienspektrum mit langem Atem beharrlich mobilisieren wird.

3. Auf der Parteebene sollte so schnell und so gründlich und durchschaubar wie möglich die Herausbildung einer neuen linken Partei vorangebracht werden. Stets beachtend, dass sie schon in ihrer Geburtsphase nicht sich selbst am wichtigsten sein sollte, sondern nützlich für die Lohnabhängigen, sozial Benachteiligten und mit ihnen Solidarischen vor allem – als Teil der Linken insgesamt.

Literatur:

Beck, Ulrich/Ziegler, Ulf Erdmann, 1997: eigenes Leben. Ausflüge in die unbekannte Gesellschaft, in der wird leben. München

Bischoff, Joachim / Hüning, Hasko / Lieber, Christoph, 2005: Von der neoliberalen zur sozialistischen Gouvernamentalität. Anforderungen an eine Rifundazione der Linken. In: Prokla Nr. 1

Chrapa, Michael / Dellheim, Judith, 2003: Akteure. 4.Kapitel. In: Klein, Dieter (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin

Clement, Wolfgang, 2000: Rede anlässlich des „Forums Grundwerte: Gerechtigkeit“ der SPD: Durch innovative Politik zu gesicherter Teilhabe.

<http://www.spd.de/events/grundwerte/clement-htm>

Giddens, Anthony, 1999: Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt-Main

Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hrsg.), 1997: Zur Programmatik des demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar

Klein, Dieter, 2002: Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt. In: Brie, Michael / Chrapa, Michael / Klein, Dieter: Sozialismus als Tagesaufgabe. Berlin

Marx, Karl, 1953: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin

Marx, Karl, 1961: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. MEW. Bd. 40. Berlin

Marx, Karl, 1959: Manifest der Kommunistischen Partei. In MEW. Bd. 4, Berlin

Niemann, Heinz, 2005: Die Linkspartei – Ein sozialdemokratischer Phönix aus der Asche? In: Maurer, Ulrich / Modrow, Hans: Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei. Berlin.

Reißig, Rolf, 2005: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand. Berlin

Wolff, Friedrich, 2005: Die Linkspartei in der Berliner Demokratie. In: Maurer, Ulrich / Modrow, Hans: ebenda

Heisenberg, Werner, 1987: Zitiert nach „Wissenschaft nach Zitat“. Leipzig

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1997: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III. Bonn